

das Gastwirts-gewerbe und übermorgen wieder ein anderer Berufsstand.

Angeichts dieser Tatsachen kann man über die rasche Erledigung der Finanzgesetze keine Freude empfinden. Die Besetze sind verschleiert worden. Eine der wichtigsten Aufgaben, das Steuervereinfachungsgesetz, wurde sogar zurückgezogen. Dabei weiß man heute, daß die Erhebungsstellen der Steuern mit einem Betrag von 700 Millionen Mark viel zu hoch sind. Schuld an diesem Mißstand ist eben die Fülle der Steuern, deren Erträge in keinem Verhältnis zu dem Kostenaufwand stehen. Wie wichtig ein solches Gesetz aber gewesen wäre, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Grundlage unserer Binnenwirtschaft, die Landwirtschaft, einer fürchterlichen Notzeit entgegengeht. Gerade sie sollte aber in diesem Gesetz zur Vereinfachung unseres Steuerwesens eine Erleichterung erfahren. Wie notwendig das wäre, ergibt sich wohl am sprechendsten aus der raschen Steigerung der Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben, hauptsächlich in Süddeutschland. Im Jahre 1924 wurden 2172 Hektar ver-

steigert, im Jahre 1927/28 bereits 37 848 Hektar, und im Jahre 1929/30 die enorme Zahl von 111 818 Hektar. Nimmt man noch die Zahl der Konkurse in Gewerbe und Handel mit 18 000 hinzu, wobei rund eine halbe Milliarde Forderungen in den Konkursen geschrieben werden mußten, und vergewissert man sich, daß nach der Finanzkatastrophe die Verschuldung der öffentlichen und privaten Unternehmungen von 37 Milliarden im Jahre 1924 auf 78 Milliarden im letzten Jahre gestiegen ist, dann wird man mit uns der Ueberzeugung sein müssen, daß hier nur außerordentliche Maßnahmen helfen können. Das Regierungsprogramm erschöpft sich aber ausschließlich in etatismäßigen Begehren: gewiß notwendigen Streichungen und — neuen Steuerlichen Belastungen. Damit läßt sich heute eine Belebung unserer Wirtschaft nicht mehr schaffen. Auch die Verabschiedung des Regierungsprogramms im Reichsrat hat gezeigt, daß ohne eine grundsätzliche handelspolitische Umstellung und ohne eine Neuordnung der unsere Kapitalneubildung freisetzenden Tribute keine Sanierung unserer Finanzen mehr zu erwarten ist.

„Seine neuen Konzeptionen mehr!“

Pariser Pressekommentare zur Curtius-Rede

Paris, 21. November. Die Rede des Reichsaußenministers ist von der Agentur Dapad in einem längeren Auszug verbreitet worden und wird von den meisten Morgenblätter wiederabgegeben, jedoch nur von wenigen bereits kommentiert. Das radikale Blatt „La République“ beantragt sich mit der vorläufigen Feststellung, daß der Reichsaußenminister die schwierigen Fragen nicht umgangen habe und daß seine Darlegungen ein wenig rauh klingen, aber nicht unangenehm zu entziffern, was Frankreich zu einer ersten Debatte herausfordere, dagegen verhalten sich die beiden rechtsstehenden Blätter, die bereits Kommentare veröffentlicht haben, ablehnend. — „Echo de Paris“ spricht von dem deutschen Jörn über Tardieu „Neuerung“ in der Frage der Abrüstung und der Revision der Verträge. Dieser mehr oder weniger im Raum gebaltene Jörn konnte auch in der Rede von Dr. Curtius zum Ausdruck. Dr. Curtius wiederholte laut, was sehr oft in geheimen, persönlichen Ausdrücken geäußert worden ist. Er leiste Frankreich damit einen Dienst. Man werde ihm doppelt dankbar sein, wenn seine Darlegungen dem französischen Parlament die Kraft gäben, von Briand mehr zu fordern als die vagen Melodien, mit denen er gewöhnlich seine Hörer überschütte. — „Figaro“ meint, sein deutscher Minister habe die Forderung seines Landes in einem derartigen Ton vorgetragen. In Frankreich würden sich darüber nur die wundern, die auf die Konzeptionen politischer Hoffnungen gesetzt und von Deutschland Dankbarkeit dafür erwartet hätten, daß Frankreich die deutsche Reparationslast herabsetze und das deutsche Gebiet fünf Jahre früher als vorgesehen geräumt habe. Es wäre gut, wenn die Berliner Regierung sich darüber klar sei, daß von Frankreich keine neuen Konzeptionen zu erwarten seien, die sovielwie dem Frieden nicht dienlich wären.

Genf ermöglicht die Aufrüstung

Aber nicht für Deutschland

Genf, 21. Nov. Der Abrüstungsausschuss hat am Freitag bei dem Kapitel Deeresausgaben einen französischen Antrag angenommen, nach dem die verträglichsten Mächte übereinkommen, ihre Ausgaben für Land-, See- und Luftkräfte zu begrenzen und, falls möglich, herabzusetzen. Damit ist die französische Forderung der Herabsetzung der Rüstungen „falls möglich“ von neuem als grundlegende Bestimmung in das Abrüstungsabkommen aufgenommen worden. Graf Bernstorff erklärte, eine Beschränkung der Deeresausgaben könne lediglich eine ergänzende Maßnahme neben der direkten Erlassung der Rüstungen sein, die ja für die Vandrüstungen vom Ausbruch bereits abgelehnt worden sei. Die Anwendung verschiedenartiger Methoden für die Land- und Seerüstungen sei offensichtlich unbillig.

Die deutsche Abordnung enthält sich daher bei der Abstimmung über den französischen Antrag der Stimme.

Die Behandlung des Kapitels „Chemischer Krieg“, zu dem ein deutscher Antrag auf Verbot der schärfsten Angriffswaffen (Zanks, schwere Geschosse usw.) sowie eine umfangreiche englische Denkschrift vorliegen, wurde zunächst vertagt. — Der Ausschuss trat sodann in die Behandlung des entscheidenden Kapitels „Organisation“ ein, das ohne Zweifel zu künftigen Verhandlungen führen wird. Der vorliegende Abkommensentwurf enthält die Bestimmung, daß die verträglichsten Staaten eine neue Aufrüstung über die Grenzen des Abkommens hinaus vornehmen dürfen, wenn ein Krieg ausbricht, an dem sie beteiligt sind, oder die Gefahr eines Aufstandes droht, oder der Völkerbundrat die Aufrüstung einstimmig genehmigt.

Die damit für Deutschland im Falle einer Unterzeichnung des Abkommens gegebene Möglichkeit der Aufrüstung im Kriegsfall ist jedoch ausdrücklich durch eine Bestimmung ausgeschlossen worden, nach der das Abrüstungsabkommen vorübergehende ver-

träglichkeiten nicht berührt, in denen einzelne Mächte eine Vergrößerung ihrer See-, Land- und Luftkräfte angestanden haben.

Zur Verhandlung gelangte zunächst die Frage der Schaffung eines Kontrollausschusses. Es wurde ein Unter-ausschuss eingesetzt, der einen zusammenfassenden Bericht über diese bedeutungsvolle Frage vorlegen soll. Die deutsche Abordnung lehnte die Beteiligung an diesem Unter-ausschuss mit dem Hinweis auf ihre grundsätzliche Haltung zu dem gesamten Abrüstungsabkommen ab. Litwinow erklärte, unter den obwaltenden Bedingungen lege die russische Abordnung den Organisationsbestimmungen des Abkommens keinerlei Bedeutung bei. Der türkische Außenminister Tewfik Rüşdu Bey lehnte ebenfalls den Vorschlag einer Kontrollkommission ausdrücklich ab, solange nicht sämtliche Mächte auf dem Fuße der Gleichberechtigung in dem Abkommen behandelt würden.

Lord Cecil's Rückzug in Genf

London, 21. Nov. Die konservative Wochenchrift „Spectator“ befaßt sich in einem Aufsatze mit der Abrüstungsfrage und bezeichnet die britische Politik in der Abrüstungsfrage als falsch und schwach. Die Zeitschrift weist auf das erste Anwachsen der Rüstungen seit dem Frühjahr 1929 und auf die Tatsache hin, daß damals der deutsche Vorschlag einer unmittelbaren Beschränkung einer viel größeren Zahl von Stimmen erhielt. „Spectator“ schreibt, es sei bedauerlich, daß die Arbeiterregierung den dynamischen Kräften in Europa blind gegenüberstehe und betont, daß in Polen und Jugoslawien keine Kontrolle der Staatsausgaben bestünde. „Spectator“ schließt, Lord Cecil's Rückzug in Genf habe die Friedensfreunde in jedem Lande entmutigt. Die Franzosen seien durch diese unerwartete britische Unterwerfung ermüdet, daß sie behaupten, es gäbe keine Vertragsverpflichtung für die Sieger, abzurufen, und jede Rüstungsverminderung sei eine Gefälligkeit.

Reichskanzler Brüning's weitere Pläne

Berlin, 21. Nov. (Eig. Drahtm.) Nachdem gestern der Reichsrat das von der Regierung vorgelegte Finanzprogramm genehmigt hat, wird man in der nächsten Woche an die Vorbereitung der Reichstagsberatungen über das Reinerneuerungsprogramm gehen. Für diese Woche, deren Abschluß durch den Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Bethlen, ausgefüllt wird, sind politische Besprechungen nicht mehr vorzusehen. Etwa Mitte der nächsten Woche wird auch die Vorbereitung der Reichstagsberatungen energisch in Angriff genommen werden, indem die Regierung sich zunächst mit den Führern der hinter ihr stehenden Parteien und mit den Sozialdemokraten ins Benehmen setzen wird. Wie es heißt, sind auch Besprechungen mit den Oppositionsparteien ins Auge gefaßt. Dabei wird zunächst die parlamentarische Behandlung der Finanzgesetze besprochen werden. Im Reichsrat hat der Reichskanzler Dr. Brüning weitere Aufgaben angekündigt, die der Finanzreform folgen sollen. Die Führer der Parteien dürften auch über diese Aufgaben, über die die Ministerpräsidenten der Länder bereits ins Bild gesetzt worden sind, unterrichtet werden.

Anscheinend handelt es sich hier um die bisher zurückgestellte Frage der Reichsreform, die wieder in Betracht kommen soll, sobald um außenpolitische Fragen.

Wenigstens hierbei die weitere Behandlung der Reparationsangelegenheiten eine Rolle spielen wird — auch in den Regierungskreisen empfindet man es allmählich als einen ganz unhaltbaren Zustand, daß Deutschland infolge der Beibehaltung des Goldes mehr leidet, als es nach den eingegangenen Verpflichtungen zu leiden hat —, steht im Augenblick allerdings noch dahin. Immerhin ist damit zu rechnen, daß die Parteiführer über die Absichten und Pläne der Regierung in dieser Richtung in der kommenden Woche bereits eingehender unterrichtet werden. Die Regierung verfolgt mit diesen Beratungen vor allem das Ziel, in Erfahrung zu bringen, ob im Reichstag die Durchbringung des von ihr vorgelegten und vom Reichsrat bereits verabschiedeten Programms möglich sein wird. In den der Regierung nahestehenden Kreisen trägt man einen starken Optimismus zur Schau und hofft, daß das Regierungsprogramm auch vom Reichstage verabschiedet werden wird, ohne daß es zu größeren und ernstlicheren Zwischenfällen kommt.

Die Reichshilfe vor dem Haushaltsausschuss

Berlin, 21. Nov. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde am Freitag die allgemeine Aussprache über die Notverordnungen beendet. Es wurde entsprochen dem Verlangen der Kommunisten, sofort über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen zu entscheiden, beizustimmen, zunächst noch eine Einzelaussprache über einzelne Teile der Verordnung vorzunehmen. Die Aussprache begann bei der Reichshilfe. Abg. Vinder (Nat.-Soz.) kritisierte, daß mit den sogenannten „woblerwobenen Rechten“ der Beamten in der Notverordnung sehr willkürlich umgegangen werde. (Zuruf: „Nicht hat in Thüringen gar keinen Respekt vor den Beamtenrechten.“) Es erfolge eine einseitige Belastung der kleinen Beamten und Angestellten. Abg. Reil (Soz.) trat dafür ein, daß die Reichshilfe der Beamten und Angestellten progressiv gestaltet werden müsse. Abg. Morath (D. Sp.) betonte, daß der Grundgedanke der Reichshilfe unrichtig sei, weil er einen einzelnen Berufsstand herausgreife. Abg. Nippel (Christl.-Soz.) sprach sich für die Reichshilfe aus, hielt aber eine soziale Staffelung für notwendig. Die Grenze sei auf 3000 Mark festzusetzen. Abg. Herrmann (Wirtsch.-P.) wendet sich dagegen, daß von einer Bege gegen die Beamtenheit gesprochen werde, wenn man für die Reichshilfe einträte. Der Mittelstand beürchte es, wenn die Beamtenheit möglichst kaufkräftig erhalten werde. Aber das schließt nicht aus, daß diejenigen Kreise, die zur Arbeitslosennot noch nicht herangezogen worden sind, eben die Beamtenheit, ihren Teil zur Linderung der allgemeinen Not beitragen.

Für Zollunion Deutschland-Österreich

Entscheidung der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaften

Wien, 21. Nov. In der heutigen Eröffnungssitzung der gemeinsamen Tagung der österreichisch-deutschen und der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaften wurde auf Antrag des früheren österreichischen Gesandten in Berlin, Dr. Riedel, die nachstehende Entscheidung unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen: In der Erwägung, daß ein auf die Weltbewirtschaftung aufgebauter Handelsvertrag niemals eine befriedigende Beilegung des handelspolitischen Verhältnisses zwischen Österreich und dem Deutschen Reich herbeizuführen vermag,

und daß nur der Abschluß eines Wirtschaftsvertrages oder einer Zollunion eine befriedigende Lösung bringen kann,

ersuchen die deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaften des Deutschen Reiches und die österreichisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft in Wien auf ihrer Tagung die beiderseitigen Regierungen: im Deutschen Reichstag und im österreichischen Nationalrat die Einsetzung handelspolitischer Ausschüsse anzuveranlassen, welche in ähnlicher Weise, wie dies bei der Angliederung des Strafrechts geschehen ist, in gemeinsamer Beratung die Richtlinien für eine einseitige handelspolitische Zollvereinbarung vorzubereiten und Vorschläge über die Form eines künftigen möglichst engen Wirtschaftsbündnisses beider Staaten zu erlassen hätten.

„Ein Moratorium ist unumgänglich“

Reuzort, 21. Nov. Bei seinem Eintreffen in Einsiedeln wurde Dr. Schacht um seine Stellungnahme zu letzten Rede des Außenministers Dr. Curtius gebeten. Er erklärte, ein Moratorium sei von lebenswichtiger Bedeutung für Deutschland, das die Reparationen in der jetzigen Höhe unumgänglich weiterleisten müsse. Ohne ein Moratorium bestünde die dringende Gefahr, daß Deutschland ansechsig seiner drei Millionen Arbeitslosen in eine Revolution hineintreibe.

Aufhebung des Nachtbrotverbotes?

Berlin, 21. Nov. (Eig. Drahtm.) Im Reichsarbeitsministerium schweben zur Zeit Erwägungen, das Nachtbrotverbot aufzuheben oder doch weitgehend einzuschränken. In Wirtschaftskreisen würde man einen solchen Schritt begrüßen.

Deutsch-polnischer Verkehrsvertrag

Berlin, 21. Nov. Am 21. d. M. wurde im Reichsverkehrsministerium ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen, auch im Namen Danzigs, über Erleichterungen des internationalen Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen sowie dem abtrien Deutschland und dem Gebiet der Freien Stadt Danzig unterzeichnet. Der Vertrag tritt nach Ratifikation in Kraft.

Eine Dame fliegt von England nach Japan

London, 21. Nov. Nach Meldungen aus Tokio ist die englische Fliegerin Bruce in Otafa gelandet. Sie hat damit den ersten Einzelflug England-Japan glücklich beendet. Der Fliegerin wurde ein großer Empfang bereitet.

Studententumulte in Königsberg

Eigenartige Maßnahmen des Rektors

Königsberg, 21. November. Gelegentlich einer Langemarckgedenkfeier hatte die Studentenschaft Kränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen an den Gedenktafeln in der Universität niedergelagt. Wegen der Auffchrift „Die Deutsche Studentenschaft der Albertus-Universität“ ließ der Rektor die Schleifen entfernen. Heute vormittag hatte die Freie Studentenschaft daher zu einer Protestkundgebung vor dem Universitätsgebäude aufgerufen. Ein starkes Polizeiaufgebot war herangezogen worden. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei, wobei diese mehrfach vom Gummiknüppel Gebrauch machte. Auch mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Im Laufe des Mittags slauten die Studentenkundgebungen vor der Universität ab. Die Führung der Polizei verhandelte mit dem Rektor über den Abzug der Studenten und der Polizei. Die Polizei verließ kurz vor 3 Uhr den Paradeplatz und gab somit die Front des Universitätsgebäudes wieder frei. Ein Teil der Studenten setzte jedoch die Kundgebungen im Innern des Universitätsgebäudes fort. Vier Stunden lang dauerten die Beratungen des Senats der Universität über den Konflikt. Dann hat der Rektor die Menge der ungebildeten wartenden Studenten in die alte Aula, wo er erklärte, daß er die Polizei nicht gerufen, sondern sie im Gegenteil zu bewegen versucht habe, den akademischen Boden der Universität nicht zu verlassen. Die entfernten Kränze würden ausnahmsweise wieder angebracht werden, obwohl nach den Bestimmungen ihre Entfernung unerlässlich gewesen wäre. Die Forderung des Pokals über die Danziger Wahlen habe er aus außenpolitischen Gründen nicht genehmigen können. Mit dem Riede „Burtschen heranz“ fand die Studentenkundgebung, die über 10 Stunden gedauert hatte, ihren Abschluß.

Ein Berg stürzt ein

2 Millionen Kubikmeter Erdmassen abgestürzt

Abn, 21. Nov. In dem der Horremer Bricketfabrik, G. m. b. H., gehörenden Braunkohlentagebau Pischbach bei Horremer ereignete sich am Freitagvormittag ein schweres Unglück. Ein Teil des südlichen Kohlenstopes brach aus und wurde durch nachstürzendes Deckgebirge in den Tagebau der Grube gedrückt. Zwei Bergleute, die gerade an der Unfallstelle arbeiteten, gerieten unter die zusammenbrechenden Massen. Sie konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Die abgestürzten Erdmassen werden auf etwa 2 Millionen Kubikmeter geschätzt. Es handelt sich um eine Erdkröte von 80 Metern, die abgestürzt ist. Auf etwa 150 Meter ist die Abraumbahn unterbrochen.

Alles Material auf der Abzugsstraße wurde mit in die Tiefe gerissen, so u. a. ein schwerer Grubenbagger. An einer Stelle sind Lannenbäume, die auf dem höchsten Gipfel des Abraumes standen, 110 Meter tief abgestürzt.

Inmitten der Abzugsstraße ragt ein mehr als 60 Meter hoher und 200 Meter breiter Kohlenstoh in kompakter Masse hervor. Durch den Abzug wurden zwei Pumpen der Grubenanlage verschüttet, jedoch sind weitere vier Pumpen im Betrieb, so daß eine Gefahr des Erlaufens der Grube nicht besteht. Die Ursache des Erdstreiches ist noch nicht bekannt. Man vermutet aber, daß infolge des anhaltenden Regens die Lössschicht unterpflüht wurde.

Die Bergschicht der Grube wird in vollem Umfang weiterbetrieben werden können, zumal für die Abraumungsarbeiten eine größere Anzahl Arbeiter eingesetzt werden muß. Es handelt sich bei dem Unfall um einen Vorgang, wie er bisher in der ganzen Geschichte des rheinischen Braunkohlenbergbaues noch nicht vorgekommen ist. Die vorgenommenen Bohrungen ließen nicht im entferntesten auf die Möglichkeit eines derartigen Unfalles schließen.